

P.P.A – CH-3280 Murten, R. Wirz, Schulgasse 10

Murten, 11. November 2009

An die lokalen und regionalen Medien

## **PRESSECOMMUNIQUE**

### **Verbot der Kriegsmaterialausfuhr löst keine Probleme, aber schadet der Schweiz**

**Die FDP des Seebezirks empfiehlt den Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ein NEIN zum Kriegsmaterialausfuhrverbot, ein NEIN zur Anti-Minarett-Initiative und ein JA zur Spezialfinanzierung Luftverkehr.**

#### **NEIN zu einem schädlichen Verbot von Kriegsmaterialausfuhren**

Den Initianten geht es nicht nur um das „Kriegs“-Material. Neben Waffen und Munition sollen nämlich auch Technologien verboten werden, die für die „Entwicklung, Herstellung und Gebrauch“ von Kriegsmaterial von wesentlicher Bedeutung sind. Durch diesen Gummi-Paragrafen werden nebst der direkten Waffenproduktion unzählige weitere Bereiche in der Schweizer Industrie tangiert werden. Die Folge wäre ein Exodus dieser Produktion ins Ausland verbunden mit Knowhow- und Stellenverlusten in der Schweiz. Wenn die SP heute das Gegenteil behauptet, so betreibt sie Augenwischerei. Die Produktion solchen „Kriegsmaterials“ lässt sich mit der Initiative nicht unterbinden. Die Initianten können deshalb auch gar nicht für sich reklamieren, die Welt friedlicher oder gar sicherer machen zu wollen. Denn dafür müssten sie sich wohl zuallererst in Kriegs- und Krisengebieten engagieren.

Bleiben wir deshalb bei der Realität: Die Schweiz kennt eine strenge Kriegsmaterialausfuhrkontrolle und muss daneben für ihre Verteidigungsbereitschaft eine eigene Waffen- und Munitionsproduktion aufrechterhalten. Sie steht für einen verantwortungsbewussten Umgang mit gefährlichen Gütern ein. Es ist dem Erreichen eines Weltfriedens dienlicher, die Schweiz in dieser Rolle zu stärken, als die Kriegsmaterialproduktion anderen Ländern zu überlassen. Wir empfehlen Ihnen ein NEIN zu dieser in vielerlei Hinsicht schädlichen Initiative.

#### **NEIN zur freiheitsverachtenden Anti-Minarett-Initiative**

Das Anliegen, dass in der Schweiz lebende Ausländerinnen und Ausländer mit anderem kulturellen, sozialen oder religiösen Hintergrund sich unserer Rechts- und Sittenordnung gemäss verhalten sollen, ist berechtigt. Aus diesem Grund den Bau von Minaretten verbieten zu wollen, ist es nicht. Abgesehen vom Verstoss gegen das Grundrecht der Religionsfreiheit, widerspräche ein solches Verbot unserem eigenen Gesellschaftsverständnis, welches von Freiheit, Toleranz und Selbstverantwortung geprägt ist. Die der Anti-Minarett-Initiative zugrundeliegenden Motive sind damit zutiefst unschweizerisch. Gerade Vergleiche mit angeblich unmöglichem Kirchenbau in muslimischen Ländern gehen völlig fehl und belegen höchstens, dass wir eine solche unfreie Gesellschaftsordnung genau nicht wollen. Der Bau von

Minaretten unterliegt in der Schweiz wie jeder Bau dem Raumplanungs- und Baurecht. Dort lassen sich sachgerechte Regeln aufstellen. Gebetsrufe durch Muezzine oder Beschallungsanlagen können bereits heute ohne Weiteres ausgeschlossen werden.

Die SVP, stets und ausschliesslich die Wahlen im Visier, hat mit dieser Initiative vorsätzlich einen Streit vom Zaun gebrochen, der letzten Endes nur Schaden anzurichten droht. Die Initianten spielen mit einem hohen Einsatz um ein falsches Ziel – sie setzen verantwortungslos das Ansehen der Schweiz als Hort der rechtsstaatlichen Freiheit aufs Spiel. Die FDP des Seebezirks empfiehlt im Interesse der Schweiz ein NEIN zu dieser fehlgeleiteten Initiative.

### **JA zur sachgerechten Anpassung der Spezialfinanzierung Luftverkehr**

Es ist sinnvoller, die Hälfte des Reinertrags aus der Besteuerung von Flugtreibstoffen der Luftfahrt für Umweltschutz- und Sicherheitsmassnahmen zu verwenden, als der Finanzierung des Strassenverkehrs zuzuführen. Deshalb empfehlen wir Ihnen ein JA zur Anpassung der Spezialfinanzierung Luftverkehr.

Für weitere Informationen:

Silvan Jampen, Präsident FDP des Seebezirks, Tel. 079 290 24 43